

„Im ganzen Jahr wie Urlaub“

Golasowski beschreibt Effekt des Verkehrsplans / CDU rügt Lohse

VON WIGBERT GERLING

Bremen. „Missfallen.“ Damit lieferte der CDU-Abgeordnete Heiko Strohmann am Donnerstag eine der ersten Vokabeln in der folgenden langen Kommentierung des Verkehrsentwicklungsplans. Die Wortwahl bezog er in der Deputation für Umwelt-, Bau- und Verkehr aber nicht auf das Konzept, das die Richtung im Rad-, Auto-, Fußgänger- und Bahnverkehr bis 2025 vorgeben soll, sondern auf die Abwesenheit des grünen Senators Joachim Lohse. Es sei nicht vertretbar, so der Christdemokrat, dass der Ressortchef eine Reise in die USA vorgezogen habe. Der müsse sich dazu in der nächsten Deputationssitzung erklären.

Nach dieser Kritik der Opposition erläuterten Staatsrat Wolfgang Golasowski und Parlamentarier ihre Haltung zum Verkehrsentwicklungsplan, in dem viele Zielsetzungen formuliert sind, die nun möglichst bis zum Sommer in ein „Handlungskonzept“ gegossen werden sollen. Dann werde die Deputation auch den endgültigen Beschluss fassen. Golasowski hob hervor, dass in vielen Beratungsrunden – unter an-

derem mit Vertretern aus Wirtschaft und Umweltverbänden – ein Einvernehmen erzielt sei, dass sich knapp unter hundert Prozent eingependelt habe. Es dürfe nicht unterschätzt werden, wenn beispielsweise ein Rückgang des Autoverkehrs um etwa vier Prozent erreicht werde. Das entspreche etwa dem Aufkommen, dass die Bremer Straßen in Ferienzeiten weniger zu verkraften hätten. Demnach sei „im ganzen Jahr ein Gefühl wie Urlaub“ zu erwarten.

Der grüne Abgeordnete Ralph Saxe betonte, die Planungen stellten keine radikale Wende in der Verkehrspolitik dar, aber sie stünden auch nicht für ein „Weiter-so“. Unter anderem hob er hervor, dass es gelungen sei, den Ausbau weiterer Radfahrrouten abzustimmen.

Christdemokrat Strohmann betonte, nachdem in den ersten Planungen die Perspektive für den Wirtschaftsverkehr zu kurz gekommen sei, ergebe sich nun ein Bild, das so ausgewogen sei, dass die CDU den Zielsetzungen beipflichten könne. Jürgen Pohlmann (SPD) verwies darauf, dass aber auch die „finanzielle Ausstattung“ des Programms geklärt werden müsse.